### und Westjordanland. Jeder Krieg ist ein Bruch des Völkerrechts!

Egal, wie es in den nächsten Monaten mit dem Krieg in der Ukraine weitergeht, eines ist in Deutschland schon erreicht: Kriegstüchtigkeit als Ziel, und zwar in allen Bereichen, vom Aufblasen der Rüstungsindustrie bis zu Kasernen- und Bunkerbau, militärtauglichen Straßen, kriegsbereitem Gesundheitssystem, Kinderfernsehen, Aufbau von Reservisten-Einheiten, Wiederbelebung des Wehrdienstes usw. usw.

Aber ohne eine **umfassende Friedensarchitektur, welche die Sicherheitsinteressen <u>aller</u> respektiert**, kann es keinen dauerhaften Frieden in der Ukraine geben, und in Nahost keinen Frieden ohne **Anerkennung der Rechte der Palästinenser**.

Mit Aufrüstung, Rüstungswettlauf und Militarisierung unserer Gesellschaft droht eine lange Eiszeit internationaler Konfrontation. Die Lösung der globalen Probleme wird blockiert, einschließlich der Klimakatastrophe.

#### Forderungen an die Bundesregierung:

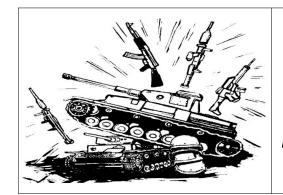
- Deeskalation der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten: Keine weiteren Waffenexporte
- ► Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen
- Auf EU und UN-Ebene: Einsatz für Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge
- Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages
- Überdenken der NATO-Mitgliedschaft

## Wir alle können nur im Frieden überleben!

Die Attac-Regionalgruppe Kassel trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 10, 1. Stock, Raum 10.1.3 - Interessierte sind herzlich willkommen!







# Attac

im Kasseler Friedensbündnis

April 2025

# Welche Sicherheit bringt Kaputt-Rüsten für den nächsten Stellvertreter-Krieg?

Wenn überhaupt ein Frieden in absehbarer Zeit zustande kommt, dann wird es ein **vergifteter Frieden** für die Ukraine - geschunden und ausgeblutet in einem **Stellvertreter-Krieg** zwischen USA und Russland, zusätzlich erpresst mit US-Forderungen nach Auslieferung der Bodenschätze zur Abzahlung der Kriegsschulden. Die offensichtliche Abzocke eines Trump empört das Gerechtigkeitsempfinden genauso wie die Häme aus Moskau. Dennoch gibt es **keine vernünftige Alternative** zu Waffenstillstand und Friedensschluss.

Aber: geht es bei Trumps 'Deal' mit Putin wirklich um einen dauerhaften Frieden? Oder nur um eine Normalisierung der (Wirtschafts-) Beziehungen zu Russland? Gradmesser wäre eine Erneuerung der von den USA einseitig gekündigten Rüstungskontrollverträge und Abrüstungsverträge. Dann erst wäre etwas für die Weltgemeinschaft gewonnen.

Die Vorstellung dagegen, eine Koalition "williger europäischer Länder" könne als "USA-Ersatz-' den Krieg gegen Russland fortführen, ist nur noch als irre zu bezeichnen. Wie viele Ukrainer

# und Russen sollen vor einer unausweichlichen militärischen Niederlage denn noch sterben?

Verheerend ist auch der Plan der **EU** – in Fortsetzung der Verweigerung jeglicher diplomatischer Friedensstrategien - , für eine anstehende "Ära der Wiederaufrüstung" 800 Milliarden für eine europäische "Verteidigungs-Sicherheit" zu mobilisieren. Diesseits und vor allem jenseits des Atlantiks knallen die Sektkorken bei Rüstungsindustrie und Geldanlegern!

Ebenso verheerend ist der Eil-Beschluss im vorigen Bundestag, in Zukunft unbeschränkt Schulden für Militärausgaben aufzunehmen und sich mit gigantischen Ausgaben hoch- und kaputt zu rüsten für einen zukünftigen erneuten Stellvertreterkrieg gegen Russland, möglichst noch mit Atomwaffen. Diese Ruinierung der deutschen und der europäischen Volkswirtschaften ist genau das, was die herrschenden Eliten in der USA wollen, was deren Rüstungsindustrie will.

#### Und wer soll dafür bezahlen?

"Zumutungen" wären unvermeidlich, heißt es nun von deutschen 'Sicherheitsexperten'. Sie treffen ganz sicher nicht 'gehobene Mittelständler' wie den künftigen Kanzler und Millionär Merz.

Weil dem Sozialstaat fehlt, was ein Rüstungsstaat an Mehrkosten verschlingt, werden drastische soziale Einschnitte für die große Mehrheit der Bevölkerung unausweichlich - eine sozialpolitische Zeitenwende. Dabei verzweifeln schon jetzt viele Menschen an den steigenden Lebenshaltungskosten. Schon jetzt haben sie die massive deutsche Unterstützung des Ukraine-Kriegs teuer bezahlt. Statt große Vermögen zu besteuern und zur Finanzierung der Sozialversicherungen heranzuziehen, wird das Argument angeblich knapper Mittel zur Keule für die Mehrheit der Bevölkerung.

### Hochrüstung macht die Reichen reicher und die Armen zahlreicher

So gesehen ist der Krieg in der Ukraine mit unzähligen Opfern

anMenschen, Verwüstung des Landes, Ausverkauf und Verpfändung an westliche Finanzinvestoren eine willkommene Gelegenheit, gestern, heute und morgen Profite zu machen.

Schon vor dem Krieg haben auch deutsche Unternehmen von den Billigstlöhnen in der Ukraine kräftig profitiert. Längst ist geplant, wie die hochverschuldete Nachkriegs-Ukraine unter dem US-Koordinator **Blackrock** (größter Finanzorganisator der westlichen Welt, ehemaliger Arbeitgeber von **CDU-Merz**), ein zuverlässiger "Partner" werden kann - ohne lästige Arbeitsgesetze und überflüssigen Sozialklimbim.

Die EU hat einen großen Teil ihrer Hilfen nur als Kredite gewährt; das sind rund 44 Prozent der ukrainischen Auslandsschulden, derzeit fast 50 Milliarden US-Dollar. Die EU und ihre Mitgliedstaaten hoffen, von einem künftigen Boom der ukrainischen Rüstungsindustrie zu profitieren.

Der gnadenlose Kampf um weltweite Macht und Einfluss tarnt sich unter hochtrabendem Gerede von "westlichen Werten", Demokratie und Freiheit, insbesondere auf Kosten der Menschen im ärmeren Teil der Welt. Die große Mehrheit der Weltbevölkerung leidet an diesem Krieg – und anderen Kriegen: explodierende Kosten für Grundbedürfnisse, zusätzliche Belastung ihrer Staatskassen.

**Fett** werden davon Rüstungskonzerne, Energiekonzerne und Lebensmittelspekulanten, Kreditgeber. Sie mästen sich an den Staatsfinanzen und jagen die Preise für Nahrungsmittel und Energie in die Höhe.

Russlands völkerrechtswidriger Einmarsch in die Ukraine steht am Ende einer Serie von Völkerrechtsbrüchen auch der NATO; etwa die NATO-Osterweiterung, der Bruch des Minsker Friedensabkommens (2015). Völkerrechtswidrig waren auch die zahllosen Kriege der USA in den letzten Jahrzehnten, einschließlich der tatkräftigen US-Unterstützung von Israels verbrecherischen Vorgehen gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza